

Das Einwanderungsgesetz schafft neue Konflikte

Konservative und progressive Bevölkerungswissenschaftler sind sich nur in einem Punkt einig: Die Integration wird sehr teuer

VON WERNER VAN BEBBER

BERLIN. Über die deutsche Gesellschaft des Jahres 2015 läßt sich nur zweierlei sicher sagen: Sie wird aus wenig jungen und vielen alten Leuten bestehen. Und sie wird sich – wegen der vielen Alten – langsamer verändern als die Gesellschaft von heute. Aus den Regelungen des neuen Einwanderungsgesetzes kann man weitere Schlüsse auf die Gesellschaft ziehen, die Deutschland in den kommenden Jahrzehnten bevölkern wird. Ihre Minderheiten werden besser deutsch sprechen und sich besser mit dem deutschen Staat auskennen. Es wird üblich sein, den Mangel an Arbeitskräften durch den Import von Arbeitskraft zu lindern. Die Deutschen werden erkannt haben, daß sie den Import von Arbeitskraft brauchen, damit der Sozialstaat ihre hohen Ansprüche wenigstens halbwegs erfüllen kann. Das wird Folgen haben für den Umgang mit Landesfremden: Vorurteile, wie sie ganz früher gegenüber den Italienern, dann gegenüber den Türken und seinerzeit, im Jahr 2001, gegenüber Polen und Russen üblich gewesen sein mögen, werden sich gemildert und vielleicht sogar aufgelöst haben. Die Deutschen werden verstanden haben, daß sie für ihren aufwendigen deutschen Staat die Hilfe von Einwanderern brauchen. Die Tür-

ken oder türkischstämmigen Deutschen, die größte Minderheit, werden angesehene Leute sein, längst eingebürgert oder Bürger eines befreundeten EU-Staates.

Das ist die optimistische Version des Einwanderungslandes Deutschland. So zuversichtlich beschreiben allenfalls jene Bevölkerungswissenschaftler die Bundesrepublik des Jahres 2015, die seit Jahren die deutsche Einwanderungswirklichkeit akzeptiert und entsprechende Regelungen für notwendig gehalten haben. Der Osnabrücker Migrationsforscher Klaus Bade sagt über den Gesetzentwurf der Regierung, er mache „geregelte“ Einwanderung möglich, „die uns ein bißchen Zeit gibt“: Zeit, um den Sozialversicherungsstaat auf eine Bevölkerung einzustellen, die im Durchschnitt immer älter wird. Bade lobt an dem Entwurf, daß er „qualifizierte“ Einwanderung ermögliche und daß er Gremien schaffe, die bestimmen, wer kommen soll und wer gebraucht wird. Der Berliner Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz sieht darin ein Signal, das die Mehrheitsgesellschaft endlich geben muß, damit die Konflikte zwischen Mehrheit und Minderheiten an Schärfe verlieren.

Was ohnehin stattfindet, wird geregelt, und es wird sozialversicherungsmäßig nutzbringend geregelt: Das ist die Wertung derjenigen Be-

völkerungswissenschaftler, die der Überzeugung sind, daß die Deutschen Verstärkung brauchen, weil sie im Durchschnitt nur ein Kind großziehen. Bade oder Münz würden nie bestreiten, daß man auch mit einer anderen Familienpolitik den Leuten das Leben mit Kindern leichter machen könnte. Doch würde es Generationen dauern, bis aus der Kinderfreundlichkeit ein Wachstum der Bevölkerung wird.

Zuwanderung kann den Bevölkerungsrückgang nicht umkehren

Konservative Bevölkerungswissenschaftler sehen das genauso. Trotzdem halten sie den rot-grünen Gesetzentwurf für schlecht, weil er von falschen Voraussetzungen ausgehe. Der Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg sagt, daß die Rechnung gar nicht aufgehen wird, die den Deutschen die Einwanderung angenehm erscheinen läßt, indem sie Einwanderer zu Einzählern macht: „Einwanderer kosten mehr, als sie bringen.“ Tatsächlich muß man sich vor dem Fehler hüten, mit einer gewissen Zahl von arbeitswilligen Migranten das darben-

den-, Renten- und Pflegeversicherungswesen gesundzurechnen. Auch Einwanderer werden krank, und außerdem passen sich die Geburtenraten von Minoritäten auf Dauer denen der Mehrheit an. Birg macht eine andere Rechnung auf, die er mit dem – allerdings karge Zeiten verheißenden – Begriff der „geordneten Schrumpfung“ betitelt: Die Leute sollten länger arbeiten, sich auf höhere Versicherungsbeiträge einrichten, die Einwanderung strikt begrenzen und das Geld, das für die Integration von Minderheiten ausgegeben wird, besser für eine familienfreundliche Sozialpolitik ausgeben. „Zuwanderung bremst nur die Alterung“, sagt Birg und bedauert, daß die „geordnete Schrumpfung“ gar nicht mehr thematisiert werde: Die Deutschen würden mit dem rot-grünen Gesetz zu einer „Multiminoritätengesellschaft“, gekennzeichnet vor allem durch Interessengegensätze. Wer sich an die multiethnische Gesellschaft zum Beispiel Kaliforniens – mit ihren harten Gegensätzen – erinnert fühlt, den erinnert Birg an die Klammer des Patriotismus, der die Kalifornier bei allen Konflikten zusammenhält. Die fehle in Deutschland.

Was bleibt, sind die Gegensätze. Ob man deren Schärfe wirklich durch Integrationskurse, durch dreihundert Stunden Deutschunter-

richt und dreißig Stunden „Orientierungskurs“ mildern können – das wird in einem gesellschaftlichen Großversuch zu prüfen sein. Dessen Voraussetzungen dürften in den kommenden Jahren kaum günstiger sein als heute, denn das rot-grüne Gesetz schafft mit der geschlechtsspezifischen und mit der nichtstaatlichen Verfolgung neue Asylgründe und damit auch neue Konfliktlinien. Die Betroffenen kämen aus Ländern ohne staatliches Gewaltmonopol, sagt der Bamberger Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid. Daß die Opfer solcher Verfolgung je in ihre Herkunftsländer zurückkehren, ist also unwahrscheinlich. „Wer sich die zahllosen, vielfach unlösbaren Konflikte in der Welt unnötigerweise ins Land holen will, der mache so ein Gesetz“, sagt Schmid. Es schaffe angesichts einer ethnisch-religiösen Konfliktlage die Voraussetzung für ein „Übermaß der humanitären Menschaufnahme“ – in einer Zeit, in der der Westen seine politische und seine Wertordnung verteidigen muß. Schmid spricht vom „weltfremden Humanismus“ der Gesetzesmacher. Bezahlen müßten dies jene kleinen Leute, „die für eine wirksamere deutsche Familienpolitik plädieren“.

Darin immerhin sind sich Befürworter und Gegner des Gesetzes einig: Die Integration, die es ermöglicht, wird teuer. Bade rechnet mit einer Milliarde Mark jährlich.